Entlastungspaket 2027 (EP27) auf einen Blick

Was ist das Entlastungs-paket 2027?

- Programm zur Senkung des Ausgabenwachstums auf finanzierbaren Pfad.
- 57 Massnahmen in allen Aufgabengebieten des Bundes, davon 36 mit Gesetzesänderung.
- Kriterien: Stärkung der Subsidiarität, höhere Finanzierung von Leistungen durch Nutzende, Priorisierung von Investitionen, Steigerung der Effizienz.

Warum braucht es das Entlastungs-paket 2027?

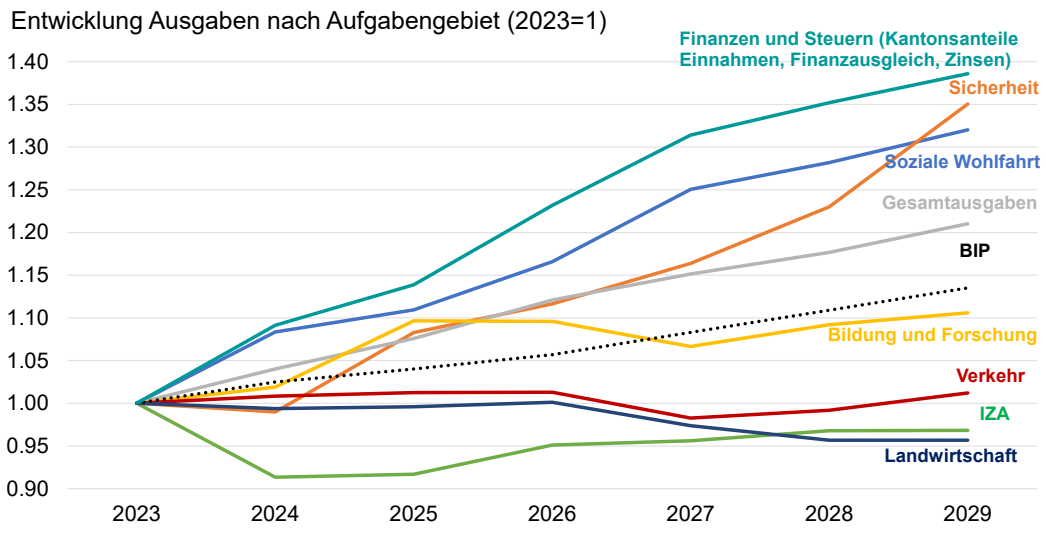
- Weil die Ausgaben viel stärker wachsen als die Einnahmen. Ohne Massnahmen drohen ab 2027 Defizite von über 2 Mrd.
- Die Ausgaben für die Armee sollen innert 8 Jahren von 5 auf 10 Milliarden pro Jahr erhöht werden (zum Vergleich: Gesamtausgaben des Bundes 2026 = ~90 Milliarden).
- Die 13. AHV-Rente kostet 5 Milliarden pro Jahr. Davon muss der Bund voraussichtlich 1 Milliarde bezahlen. Die Finanzierung ist ungeklärt.

Was sind die wichtigsten Massnahmen?

Mit 15 Massnahmen werden 2028 rund 80 Prozent der Entlastung erreicht:

in Mio. CHF (gerundet)	
Klimapolitik: Priorisierung der Finanzhilfen	389
Harmonisierung Abgeltungsdauer Integrationspolitik	388
Eigenbereich: Massnahmen beim Bundespersonal, Aufgabenverzicht	300
BIF: Priorisierung Ausbau Bahninfrastruktur	200
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	190
Internationale Zusammenarbeit: Einfrieren der Ausgaben bis 2030	167
Forschung: Kürzung des Bundesbeitrags für den Nationafonds (SNF)	139
Erhöhung Versteigerung Zollkontingente	127
Kantonale Hochschulen: Stärkung Nutzerfinanzierung	120
Priorisierung Ausbau Nationalstrassen und Agglomerationsprogramme	100
ETH-Bereich: Stärkung Nutzerfinanzierung	78
Finanzausgleich: Kürzung soziodemografischer Lastenausgleich und Schaffung temporärer Härtefallausgleich	67
Kürzung Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	65
Regionaler Personenverkehr: Erhöhung Kostendeckungsgrad	59
Übrige Massnahmen	620
Summe	**3'010**

Wie entwickeln sich Ausgaben und BIP?



Wie stark sind die Aufgabengebiete betroffen?

	Anteil an Gesamtausgaben 2028	Anteil an EP27
Beziehungen zum Ausland	4,1 %	6,5 %
Sicherheit	9,0 %	0,8 %
Bildung und Forschung	9,4 %	15,2 %
Soziale Wohlfahrt	36.5 %	13,0 %
Verkehr	11,0 %	17,0 %
Landwirtschaft	3,7 %	7,0 %
Wirtschaft (inkl. Klima)	2,2 %	15,7 %
Übrige Massnahmen	24,1%	24,8 %
Total	100%	100%

Was sind die Auswirkungen?

- Kantone: Rund die Hälfte der Massnahmen und des Volumens betrifft die Kantone, sie haben aber Handlungsspielraum bei der Umsetzung.
- Sozialversicherungen: Keine Leistungsreduktion. Rasche Reform der AHV bleibt nötig.
- Wirtschaft: Reduktion von Finanzhilfen an einzelne Branchen. Verringerung von Marktverzerrungen.
- Gesellschaft: höhere Nutzerfinanzierung, bedeutende Steuererhöhungen werden vermieden.
- Umwelt: Weniger Finanzhilfen. Erreichung der Klimaziele wird in Klimapolitik nach 2030 überprüft.

Warum nicht Steuern erhöhen?

- Einnahmenseitige Massnahmen im EP27 rund 300 Mio.
- Bund hat schon zahlreiche Steuererhöhungen beschlossen und plant solche, u.a.:
  - 0,4 MWST-Prozent für AHV 21 (1,4 Mrd.)
  - 0,7 MWST-Prozent für 13. AHV-Rente (2,5 Mrd.)
  - OECD-Mindeststeuer (1,5-3,5 Mrd.)
  - Besteuerung Elektrofahrzeuge (0,3 Mrd.)

Warum nicht über Schulden finanzieren?

- Schuldenbremse fordert Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben und lässt längerfristig keine zusätzliche Verschuldung zu.
- Ausnahmen sind in aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Situationen möglich. Sowohl die Armee- wie auch die AHV-Finanzierung sind ordentliche, dauerhafte Aufgaben des Bundes und qualifizieren nicht als ausserordentliche Ausgaben.
- Ein dauerhafter Ausbau der Staatstätigkeit muss über Mehreinnahmen oder Einsparungen statt über Schulden finanziert werden.

War Schätzung der Einnahmen zu pessimistisch?

- Schätzungen waren treffsicher: In den letzten 10 Jahren (2015-2024) blieben die Einnahmen im Durchschnitt um 0,4 % unter den Prognosen.

Was ist der Plan B bei Ablehnung oder bei einem Referendum?

- Wird das EP27 abgelehnt (Parlament, Referendum), dürften mittelfristig Steuererhöhungen nötig werden.
- Um ein Entlastungsvolumen von 3 Milliarden zu erreichen, müssten die schwach gebundene Ausgaben (Bildung, Landwirtschaft, Armee, Entwicklungshilfe, etc.) kurzfristig um rund 10 Prozent gekürzt werden.